

# IDAR

Informationsdienst Antirassismus

Nr. 1

1. Jahrgang

09.11.1992

---

Vorstellung: Der Sinn und Zweck dieses Infodienstes  
S. 2

Warum "Keine Änderung des Grundrechts auf Asyl"?  
Argumente und Fakten zur Asylrechtsdiskussion von PRO ASYL  
S. 3

PRO AYSYL Unterschriftenliste  
S. 9

Spendenaufruf  
S. 10

Termine im November '92  
S. 11

---

Impressum: Redaktion und V.S.d.P.: R.Stein, D. Martin, G. Müller,  
H. Berkemann  
Zuschriften an IDAR c/o Laden Basta Frankfurter Str. 58, 6100 DA

Zur Entstehung dieser Zeitung:

Die Idee eine Zeitung zum Thema Rassismus zu machen, entstand aus der aktuellen Asyldiskussion heraus, mit der Absicht neben Argumenten gegen Rassismus bzw. Asylrechtsänderung auch ein Forum für die im Flüchtlingsschutz bzw. Unterstützerarbeit Engagierten zu sein.

Das Konzept der Zeitung sieht vor, die oben erwähnten Argumentesammlungen zu erstellen und die Arbeit im Flüchtlingsschutz in Augenzeugenberichten wie auch die Lebensbedingungen der Flüchtlinge darzustellen.

Wichtiger Bestandteil ist auch der Abdruck von aktuellen Veranstaltungsterminen und Aufrufen.

Die jetzige Ausgabe enthält aus aktuellem Anlaß Argumente gegen die Änderung des Asylrechts. Die Bedeutung des Asylgrundrechts und die von Regierungsparteien und/oder SPD angestrebten Änderungen sind in einer knappen Zusammenfassung des Aufrufs gegen die Änderung des Asylrechts von PRO ASYL aufgeführt.

Wir dachten, daß diese Argumentationshilfen gerade jetzt brandaktuell sind, wo die wankelmütige SPD noch immer nicht ihren Kurs entschieden hat und auf dem besten Weg ist der zunehmend rassistisch werdenden Haltung ihrer Wählerschaft ganz nachzugeben bzw. diese zu bestärken.

Nicht abgedeckt haben wir die Kritik an der jetzigen Asylpraxis, die im Widerspruch zu den hehren Zielen der "Verfassungsväter" - und Mütter - steht, die wir aber implizieren.

Da wir die Zeitung zum 9.11. - Reichsprogromnacht - herausbringen wollten, haben wir uns selbst unter Zeitdruck gebracht und konnten unser Konzept nicht vollständig umsetzen. Ein einheitliches Layout fehlt deshalb, - die wichtigen Termine und Aufrufe aber nicht!

Ob die Zeitung weiterhin erscheinen wird oder ob sie als Antirassismuseite/spalte in einer Darmstädter Zeitung zweiwöchentlich erscheinen wird ist noch unklar, weil unsere Kapazität im Moment nicht groß ist. Leute die in einer Zeitungsgruppe mitmachen bzw. einfach nur Artikel liefern würden sind sehr willkommen.

Kontakt und Infos zur Zeitungsgruppe freitags ab 19.00 Uhr im Laden Basta, Frankfurter Strasse 58, Eingang Pallaswiesenstrasse.

## Argumente und Fakten zur Asyrechtsdiskussion

### Art. 16 II 2 GG zum Abschluß freigeben?!

In der ganzen, von Regierungsseite angefachten Negativ-Diskussion zum Asylrecht sind von verschiedener Seite immer wieder neue Vorschläge zu Gesetzesänderungen vorgelegt worden.

Dieses Potpourri wurde kürzlich durch den SPD-Vorsitzenden Engholm vervollständigt, der nun in diesem Verwirrspiel kräftig mitmischte. Ließ der Beschluß des Parteirates von 15.05.92 noch hoffen, kippte der SPD-Parteivorstand in seiner Sitzung am 12./13.09.92 dann doch endgültig in Richtung der Bundesregierung um. Wortlaut des Beschlußtextes: "Die darüber hinaus erforderlichen Änderungen und Ergänzungen der Verfassung werden wir mit auf den Weg bringen."

Seit diesem Datum gehört die SPD auch quasi offiziell zu den Parteien, die den Rechtsruck von der Straße nur noch verbal verurteilen, ihm aber gleichzeitig durch ihre Beschlüsse in populistischer Weise nachgeben.

Bleibt nur zu hoffen, daß noch mehr SPD-Landesverbände, wie zuletzt der bayerische, gegen eine Änderung des Grundrechts auf Asyl eintreten und den Plänen des Vorstandes auf dem Bundesparteitag im November '92 eine Niederlage bereiten.

## Die Bedeutung des Asylrechtsparagrafen in Stichpunkten

### Politische Bedeutung des Artikels 16

- Artikel 16, Abs.2, Satz 2 bedeutet für Flüchtlinge ein individuelles, gerichtlich einklagbares Grundrecht auf Schutz, ohne gesetzlichen Vorbehalt.
- Unveräußerliches Grundrecht, daher gültig unabhängig von jeglicher Gesetzgebung.
- Basis sind die Erfahrungen während des Nazi-Regimes in Deutschland und die Geschichte massenhaft erlittenen Unrechts in der Menschheitsgeschichte allgemein.
- Verpflichtung für Nachkriegs-Deutschland, das Menschenrecht auf Asyl in der jetzigen Form zu internationalisieren.
- Artikel 16 ist ein Dank an die Völkergemeinschaft für die Aufnahme von 800.000 Flüchtlingen aus Hitler-Deutschland, aber auch eine Selbstverpflichtung, keine Flüchtlinge bereits an der Grenze abzuweisen.

### Rechtliche Bedeutung des Asylgrundrechts

- Asylrecht ist 1.) Individualgrundrecht des politisch verfolgten Flüchtlings, 2.) das Recht eines Staates auf Asylgewährung.
- Das GG macht den Flüchtling zum Träger des Asylgrundrechts. Er nimmt an der Rechtsweggarantie des Art. 19 IV GG teil ("Wird jemand durch die öffentl. Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen").
- Die Rechtsweggarantie ist kein "Deutschenrecht"! Dieser zentrale Rechtsstaatsgrundsatz ist durch Art. 79 III GG einer Verfassungsänderung entzogen.
- Das Asylgrundrecht garantiert die Einreise, um in einem rechtsstaatlichen Verfahren den Anspruch auf Asylgewährung prüfen zu können.
- Auch Art. 33 I der Genfer Flüchtlingskonvention wird heute einhellig so verstanden, daß Flüchtlinge nicht an der Grenze abgewiesen werden dürfen, wenn sie um Asyl nachsuchen.
- Allerdings ist dies nicht Recht des einzelnen, sondern lediglich staatliche Verpflichtung, die weithin nicht ernstgenommen wird. Bsp.: USA entledigen sich der Haitianer, Italien der Albaner usw.

Überblick über bestehende und in der Diskussion stehende  
Gesetze bzw. Gesetzentwürfe

Gesetz zur Neuregelung des Asylverfahrens vom März 1992

- extrem kurze Verfahrensfristen (3 Monate) für offensichtlich unbegründete Asylanträge. Diese können 1.) sowieso nicht eingehalten werden und haben 2.) zur Folge, daß ein Rechtsschutz für hiervon betroffene Flüchtlinge kaum noch möglich ist.
- Hingegen werden Verfahren von Flüchtlingen mit anerkannt guten Fluchtgründen weiterhin auf die lange Bank geschoben.

- Forderung: - Rechtsstaatlich einwandfreie Ausgestaltung aller Asylverfahren.
- Altfallregelung für 380.000 Asylanträge.
  - Vorübergehendes Bleiberecht zugunsten der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge (35% der Asylantragsteller von 1991 kamen aus dem ehemaligen Jugoslawien). Die bisherige Duldung bedeutet nur straffreien Aufenthalt, aber nicht rechtmäßigen Aufenthalt in der BRD.

Der Gesetzentwurf der CDU/CSU (April 1992)

Grundgesetzergänzung des bisherigen GG-Art. 16 ("Politisch Verfolgte genießen Asylrecht") zu: "Asylrecht genießt nicht, wer aus einem Staat einreist, in dem er nicht der Gefahr ausgesetzt ist, politisch verfolgt, oder in einen Staat abgeschoben zu werden, in dem ihm politische Verfolgung droht. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz. Dieses Gesetz kann bestimmen, daß Asylbewerber aus Staaten, auf die die Voraussetzungen des Satzes 2 zutreffen, an der Grenze zurückgewiesen werden können oder ihr Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes unverzüglich beendet werden kann."

Folgen wären: Bereits der Gebietskontakt mit sogen. Nichtverfolgerstaaten verhinderte einen Asylanspruch, dabei erfolgt fast jede Flucht erfolgt über ein oder mehrere Drittländer, d. h. im Klartext: Fast jeder Asylanspruch würde nichtig. Die Bundesregierung würde das Asylrecht auf dem kalten Weg ausschalten und hinter den Standard der Genfer Flüchtlingskonvention zurückfallen, die empfiehlt, Flüchtlinge solange als schutzbedürftig zu betrachten, wie ihnen kein dauerhafter Schutz zuteil geworden ist. Als dauerhafte Lösung gelten:

- freiwillige Rückkehr
- Weiterwanderung in anderen Staat
- Integration in den Zufluchtsstaat

Offizielle Länderlisten von Nichtverfolgerstaaten sollen offensichtlich auch diejenigen Flüchtlinge fernhalten, die aus Ländern kommen, in denen "nach allgemeiner Auffassung" nicht verfolgt wird - was immer das heißen mag. Sie sollen so

schnell wie möglich außer Landes geschafft werden können.

Die Länderlisten wären ohnehin nur eine Scheinlösung, da keines der Länder, aus denen z. Zt. der Hauptanteil der Flüchtlinge kommt, auf diese Liste gesetzt werden könnte (Bsp.: Rumänien). Laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) muß außerdem auch im Falle solcher Länderlisten der Zugang zum Asylverfahren garantiert sein.

#### Der Seiters-Plan (Sept. 1992)

Inhalt: Die Flüchtlinge sollen nach kurzen Verwaltungsverfahren (kein Rechtsverfahren) in ihre Verfolgerstaaten abgeschoben werden und von dort aus gegen die Ablehnung ihres Asylantrages klagen können.

Dies unterliefe die im Art. 20 GG verankerten und durch die Ewigkeitsklausel des Artikel 79 GG gegen jegliche Änderung und Aushöhlung geschützten Rechtsstaats- und Gewaltenteilungsprinzipien. Ganz abgesehen davon, daß ein ordnungsgemäßes Verfahren vom Ausland aus unverhältnismäßig erschwert würde. Der der deutschen Sprache und des deutschen Rechtssystems unkundige Kläger hätte z. B. nicht die Möglichkeit, mit einem Rechtsanwalt in Deutschland oder dem Gericht zu kommunizieren bzw. zur mündlichen Verhandlung zu erscheinen.

Es ist überhaupt fraglich, ob die Flüchtlinge aus ihrem Verfolgerstaat heraus ihre Verfahren betreiben könnten, eben weil sie dort verfolgt werden. Es scheint der tiefere Sinn des Seiters-Planes zu sein, daß eben dies genau nicht geschieht!.

#### Die europäische Asylrechtsharmonisierung und Art. 16 II GG

Die europäische Asylrechtsvereinheitlichung läßt auf nahezu allen wichtigen Gebieten Defizite zu Lasten der Flüchtlinge erkennen. Im Dezember haben sich die EG-Staaten durch den "Vertrag über die politische Union" (Maastricht) geeinigt, die Visapolitik gemeinschaftlich zu regeln. Darüber hinaus ist in dem Vertrag festgelegt, daß Asylrecht eine Frage des Gemeinschaftsinteresses ist. Es stehen derzeit allerdings keine weiteren Regelungen in Form von Gemeinschaftsrecht an, stattdessen sollen zwischenstaatliche Konventionen geschaffen werden, in denen die Zuständigkeit des Gerichtshofes der EG vereinbart werden kann. Diese scheinbar widersinnige Regelung - Gemeinschaftsinteressen nicht in Gemeinschaftsrecht umzusetzen, sondern auf Konventionsebene zu verhandeln - hat einen doppelten Grund: Zum einen wird das Europäische Parlament aus der Rechtssetzung ausgeschlossen. (Es handelt sich hier nicht um die erste Sachfrage, in der das Europa der Ministerriegen und Beamtenstäbe das Europäische Parlament ausschaltet. Es muß jedoch alarmieren, daß in dieser Angelegenheit, die die Menschenrechte unmittelbar tangiert, das Wenige, was augenblicklich überhaupt den Koloß von Brüssel demokratisch legitimiert, vor der Tür bleibt.) Zum anderen können europäische Nicht-EG-Staaten in Konventionen vertraglich eingebunden werden. Es läßt sich auf diesem Wege eine "Vorfeldpolitik" betreiben, die die Außengrenzen der Flüchtlingspolitik vorverlegt.

Ein weiterer Entwurf eines EG-Abkommens zur Überschreitung der

Außengrenzen (Grenzübertrittskonvention) sieht u. a. Sanktionen gegen Beförderungsunternehmen vor, die Flüchtlinge in EG-Staaten befördern, für die sie einen Asylanspruch bereits durch Aufenthalt in einem anderen verwirkt haben. Alle diese Abkommen sehen vor, daß ein Verwaltungsausschuß ihre Anwendung koordiniert und Streitfälle entscheidet. Eine internationale gerichtliche Kontrolle ist ausgeschlossen.

Deutlich wird, daß auf EG-Basis seither lediglich Zuständigkeiten und Kontrollprozeduren geregelt sind. Eine inhaltliche Harmonisierung der Asylrechte findet nicht statt. Harmonisiert wird die Abwehr von Flüchtlingen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um politisch Verfolgte handelt!

#### Was ist zu tun?

Seit 1973 ist die deutsche Migrationspolitik auf Abwehr eingestellt. Der Gegensatz zwischen politischen Zielsetzungen und den wirklichen Notwendigkeiten im Umgang mit Zuwanderung hat die Ablehnung bis hin zu Gewalttätigkeiten gegen Zuwanderer in der Bevölkerung verstärkt.

Der Staat und die politischen Parteien zeigen keine Bereitschaft, die längst gescheiterte Abwehrpolitik zu überwinden. Gesellschaftliche Organisationen sind deshalb gefordert, umfassende Konzepte einer neuen Migrationspolitik zu entwickeln.

Zu solchen Konzepten gehören z. B.:

- Programme zur Beseitigung von Fluchtursachen und ein unzweideutiges Engagement gegen die Verletzung von Menschenrechten.
- Die schnelle und rechtsstaatliche Durchführung von Asylverfahren, die durch staatliches Versagen und trotz immer neuer Richtlinien und Gesetze bis heute nicht erreicht wurde.
- Die Einrichtung eines besonderen Status für Bürgerkriegsflüchtlinge, die nicht in das aussichtslose Asylverfahren gezwungen werden sollen, denn dies ist ein staatlicher Mißbrauch des Asylrechts.
- Eine verstärkte Förderung von Programmen zur Integration von Ausländern und Flüchtlingen.
- Umfangreiche Programme für den sozialen Wohnungsbau für Obdachlose, Arme und Zuwanderer. Dabei ist zu betonen, daß die Wohnungsnot vor allem durch die Zunahme der Einpersonenhaushalte und höhere Ansprüche und nicht durch Zuwanderung ausgelöst wird.
- Programme der Sozialarbeit zur Förderung des Verständnisses zwischen Deutschen und Flüchtlingen.

# Keine Änderung des Grundrechts auf Asyl!

Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ wurde als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft formuliert. Artikel 16 sollte sicherstellen, daß politisch Verfolgte an deutschen Grenzen nicht abgewiesen werden. Das verfassungsrechtlich geschützte Asylgrundrecht hat die internationale Rechtsentwicklung gefördert. Das Asylrecht ist ein Menschenrecht. Eine notwendige europäische Harmonisierung des Asylrechts muß dieses Menschenrecht zum Maßstab nehmen.

Die vorgesehenen Änderungen des Asylgrundrechts sollen nun dieses Menschenrecht beschränken. Das wäre ein Rückschritt gegenüber unserer Geschichte. Durch eine Änderung von Artikel 16 II 2 Grundgesetz werden politisch Verfolgte schutzlos gestellt. Flucht und Zuwanderung werden dadurch nicht wesentlich geringer. Wer dies der Wahrheit zuwider behauptet,

trägt die Verantwortung für weitere Radikalisierungen, die sich aus enttäuschten Erwartungen ergeben.

Unser Land hat sich vielmehr auf die weitere Aufnahme von Asylsuchenden, Flüchtlingen und Aussiedlern vorzubereiten. Asylverfahren müssen schnell und rechtsstaatlich durchgeführt, Programme zur Beseitigung von Fluchtursachen durchgesetzt, Integrationsmaßnahmen verstärkt und der soziale Wohnungsbau gefördert werden.

Vor allem von Politikern erwarten wir Zeichen der Solidarität mit Flüchtlingen.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Ministerpräsidenten der Länder fordern wir mit unserer Unterschrift auf, das Grundrecht „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ (Artikel 16 II 2 GG) in vollem Umfang zu erhalten.

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner (Stand 30.9.1992)

Heinrich Albertz, Bremen · Franz Alt, Baden-Baden · Behrouz Asadi, Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz · Dr. Nasrin Bassiri, Berlin · Werner Baumgarten, AK Asyl Baden-Württemberg · RA Herbert Becher, Bonn · Volker Beck, Schwulenverband in Deutschland · Almuth Berger, Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg · Sena Berger, München · Hans Branscheidt, medico international · Ignatz Bubis, Zentralrat der Juden · Günter Burkhardt, Frankfurt · Dr. Roberto Ciulli, Regisseur, Mülheim · Prof. Dr. Erhard Denninger, Frankfurt · Brigitte Erler, Buntes Deutschland-SOS Rassismus · Jürgen Flimm, Intendant, Hamburg · Thomas Freitag, Kabarettist, Bonn · Alisa Fuss, Internationale Liga für Menschenrechte · Joachim Garstecki, Bad Vilbel · Günter und Ute Grass, Berlin · Dr. Uwe Günther, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein · Gert Heidenreich, P.E.N.-Zentrum in der BRD · Prof. Dr. Willi Heitmeyer, Bielefeld · RA Rainer Hofmann, Aachen · Frauke Hoyer, Flüchtlingsrat Berlin · Volker Hülgel, Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen · Klaus Jahn, Flüchtlingsrat Hamburg · Maria Jepsen, Bischöfin, Hamburg · Ruth Kallenbach, Ausländer- und Flüchtlingsrat Thüringen · Martin Kasper, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein · Dr. Gustav Koch, Deutsche Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe · Karlheinz Koppe, Pax Christi · Sabine Kriechhammer-Yagmur, IAF Verband bi-nationaler Familien und Partnerschaften · Marion Lehmicke, VVN-Bund der Antifaschisten · Pfarrer Herbert Leuning, Hofheim · Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun, Stuttgart · Dr. Jochen Menzel, terre des hommes · Dr. Jürgen Micksch, Tutzing · Prof. Dr. Jürgen Moltmann, Tübingen · Bahman Nirumand, Schriftsteller, Frankfurt · Prof. Dr. Dieter Oberndörfer, Universität Rostock · RA Victor Pfaff, Frankfurt · Heinz Putzrath, Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten · Will Quadflieg, Hamburg · Dr. Elisabeth und Dr. Konrad Raiser, Witten · Jochen Richert, DGB-Bundesvorstand · Marita Schieferdecker-Adolph, Arbeitskreis Flüchtlinge in Sachsen · Martin Schindehütte, Hofgeismar · Lili Schlumberger-Dogu, Bayerischer Flüchtlingsrat · Pfarrer Friedrich Schorlemmer, Wittenberg · Prof. Dr. Luise und Prof. Dr. Willy Schrottloff, Kassel · Wolfgang Schuth, Arbeiterwohlfahrt Sachsen-Anhalt · Annette Seidel, Hessischer Flüchtlingsrat · Prof. Dr. Dorothee Sölle, Hamburg · Prof. Dr. Fulbert Steffensky, Hamburg · Klaus Vack, Komitee für Grundrechte und Demokratie · Erwin Vitt, IG Metall-Vorstand · Ulrich Vultejus, Humanistische Union · Kai Weber, Flüchtlingsrat Niedersachsen.

Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7		
8		
9		
10		

Bitte wenden

Bitte zurücksenden an: PRO ASYL, Neue Schlesingergasse 22, W-6000 Frankfurt/M. 1



## Verein zur Förderung von Kultur, Kommunikation und Bildung Laufenschlägerstr. 24, 6100 Darmstadt

### Betr.: Schutz von Flüchtlingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Berichten in der Darmstädter Lokalpresse und in überregionalen Zeitungen (z.B. "Frankfurter Rundschau") zu entnehmen war, ist es auch im Großraum Darmstadt zu gewalttätigen Übergriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte gekommen. So hat es z.B. innerhalb der vergangenen Wochen mehrfach Anschläge mit Molotov-Cocktails und Schusswaffen auf Flüchtlinge in Griesheim gegeben. Noch vor einigen Tagen wurden in Erzhausen und Wixhausen Brandanschläge auf einen polnischen Reisebus und "Wohn-"Container verübt.

Wir, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kirchlicher und caritativer Institutionen und in der Flüchtlings- und antifaschistischen Arbeit engagierte Privatpersonen, beobachten die zunehmende Verbreitung rechtsextremistischer Gedankenguts und die damit verbundenen Gewalttaten mit größter Sorge. Ein Schwerpunkt unseres Engagements liegt in der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zum Thema "Rassismus". Parallel dazu setzen wir uns aber auch vehement für die menschenwürdige Unterbringung und den Schutz von Flüchtlingen ein. Um dem erstarkten Rechtsradikalismus und der Bedrohung hier schutzsuchender Menschen zu begegnen, dürfen unserer Meinung nach aber Solidarität mit den Flüchtlingen und persönlicher Einsatz nicht fehlen.

So konnten wir z.B. im vergangenen Monat während der Griesheimer Kerb allein durch unsere massive Präsenz in und um die dortigen Flüchtlingsunterkünfte erreichen, daß ein drohender rassistischer Angriff unterblieb. Eine Gruppe jugendlicher hatte sich in der Nähe versammelt und hetzte mit ausländerfeindlichen Parolen gegen die Flüchtlinge. Die Polizei war erleichtert über unsere Anwesenheit, da sie in Griesheim lediglich über 4 (vier!) Beamte verfügte, die sich (auch aufgrund anderer Aufgaben) nicht in der Lage sahen, das Lager effektiv zu schützen. Die befürchteten Gewalttaten blieben aus.

Solche Nachtwachen zum Schutz der Flüchtlinge sind allerdings nur effektiv zu gestalten, wenn uns notwendiges Material (wie z.B. Scheinwerfer, Funkgeräte und Funktelefon) zur Verfügung stehen. Die Scheinwerfer werden benötigt, da viele der besonders bedrohten Heime sehr abseits und im Dunklen gelegen sind. Allein einige Scheinwerfer, die es Angreifern unmöglich machen, unbemerkt in die Nähe zu gelangen, haben bereits eine abschreckende Wirkung. Funkgeräte sollen den häufig verstreuten Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Nachtwachen im Fall eines Angriffes eine schnelle Verständigung ermöglichen.

Die Lager verfügen häufig über keinen Telefonanschluß, oder dieser wird, wie in Griesheim bereits geschehen, während eines Angriffes sabotiert, sodaß es nicht möglich ist, die Polizei zu alarmieren. In einer Reihe anderer Städte gibt es antirassistisch/antifaschistische Notruftelefone, die wertvolle Arbeit zum Schutz der Flüchtlinge leisten. In einer relativ kleinen Stadt wie Darmstadt ist es jedoch nicht möglich, ständig ein Büro besetzt zu halten. Ein Weg, wie beide angesprochenen Probleme gelöst werden können, ist die Anschaffung eines transportablen Funktelefons.

Nur mit großem zeitlichen Aufwand und erheblicher finanzieller Belastung ist es uns bisher gelungen, diese Geräte zu mieten. Um aber angemessen und schnell auf zumeist nur kurzfristig bekannte Bedrohungssituationen reagieren zu können, ist eine jederzeit verfügbare Grundausstattung mit besagten Geräten erforderlich.

Mit diesem Schreiben möchten wir Sie bitten, sich an den hohen Anschaffungskosten für Scheinwerfer, Funkgeräte und Funktelefone zu beteiligen. Zu den Kosten: ein 500 Watt-Strahler kostet mit Stativ DM 100,-; der Preis eines CB-Funkgeräts mittlerer Qualität liegt bei 150 bis 200 DM. Der größte Posten sind der Kauf und Unterhaltung des Funktelefons. Wir haben einen Kostenvorschlag sowie die Gebührenlisten von Telekom und Mannesmann beigelegt, um Ihnen einen Einblick in die entstehenden Kosten zu geben.

Spenden bitten wir unter dem Stichwort "Flüchtlingsschutz" auf folgendes Spendenkonto zu überweisen:

Verein zur Förderung von Kultur, Kommunikation und Bildung  
Lauteschlägerstr. 24, 6100 Darmstadt  
Stadtparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50  
Kontonummer: 111 034 206

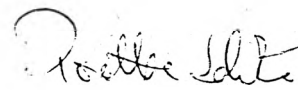
Vielen Dank im voraus.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir

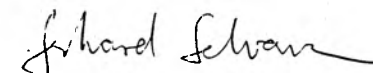
mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft Antirassismus

Verein zur Förderung von Kultur,  
Kommunikation und Bildung



Dorothea Schütze



Gerhard Schwarzmann

**Veranstaltungsreihe: "ES IST SO DEUTSCH IN KALTLAND"**  
vom 02. Oktober 1992 bis 10. Februar 1993

Während tagtäglich Überfälle auf Flüchtlingsunterkünfte gemeldet werden und Nicht-Deutsche in der Bundesrepublik um ihr Leben fürchten, wetteifern Politiker aus CDU, SPD und FDP um die Gunst der Bevölkerung, die die Programme beifallkutschend begleitet. Mit gezielter Desinformation, Scheinargumenten und teils unverblühtem Verständnis für die Motive rechtsradikaler Gewalttaten werden neonazistische Tendenzen genährt und das Thema "Asyl" zu Wahlkampfzwecken mißbraucht.

Mit dieser Veranstaltungsreihe möchten wir zu einer ernsthaften und sachlichen Diskussion beitragen, die eine vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit Fluchtursachen ermöglicht und Wege für eine nicht rassistische und solidarische Gesellschaft ebnet.

**I. Auftaktveranstaltung zum "Tag des Flüchtlings"**

Ein Nachmittag mit Informationen und Redebeiträgen, begleitet von Musik mit der Gruppe "Shaft", Kurdischer Folklore, Theater und Spiel für Kinder.

Am Freitag, den 02. Oktober 1992, Anti-Rassistisches Spektakel auf dem Luisenplatz in Darmstadt von 13.00 - 18.00 Uhr.

**II. "CONSUELO - Ein Stück über Verfolgung, Gewalt und Asyl - ein Stück deutsche Realität"**

Consuelo ist eine Frau, die in ihrem Heimatland gefoltert wurde und nach Deutschland fliehen konnte. Doch hier findet sie keinen Schutz. Sie muß erleben, wie die Flüchtlingsunterkunft von Neonazis überfallen und ihr Schicksal von den deutschen Behörden nicht ernstgenommen wird - bis ihr Weg schließlich vor den Richter führt, der die Ablehnung ihres Asyl-Antrages verkündet.

Das Stück wurde von der Schülergruppe SUMF (SchülerInnen für Umwelt, Menschenrechte und Frieden, Wiesbaden) geschrieben und inszeniert, aber nicht erfunden: Alles, was in diesen 45 Minuten dargestellt wird, ist der Wirklichkeit entnommen.

Aufführung am Samstag, den 31. Oktober 1992 um 20.00 Uhr, Oetinger Villa, Kranichsteiner Str. 81, LIVE-MUSIK und anschließende Diskussion

**III. "Rassismus und Ausländerfeindlichkeit im Betrieb"**

Welche Auswirkungen hat der deutliche Rechtsruck in der Bevölkerung und unter parteipolitischen Kräften auf Arbeitnehmer? Wie wird in den Betrieben mit Ausländern umgegangen, kommt es vermehrt zu rassistisch motivierten Übergriffen? Wie agieren bzw. reagieren Arbeitgeber, wie die Gewerkschaften? Hans-Jürgen Wittig vom DGB Kreis Starkenburg wird uns einen Einblick in die derzeitige Situation in den Betrieben vermitteln, und zwar am Mittwoch, den 11. November 1992 um 19.30 Uhr im Saal der Martinsgemeinde, Riegerplatz/Wenckstraße 29

**IV. "Migration nach Europa - Rassismus und AusländerInnenrechte im internationalen Vergleich"**

In der derzeit heftigen und oft unsachlichen Diskussion über die Änderung oder gar Abschaffung des Art.16 GG "Politisch Verfolgte genießen Asyl" muß bei den Befürwortern dieser Gesetzesänderung immer wieder die "Harmonisierung des Asylrechts auf EG-Ebene" als Begründung herhalten. Wie sieht die Flüchtlingspolitik in unseren europäischen Nachbarländern tatsächlich aus? Welche Rechte haben Ausländer, wie wird dort mit Rassismus umgegangen?

Diese und andere Fragen wird der Soziologe Uli Bielefeld vom Hamburger Institut für Sozialforschung am Montag, den 07. Dezember 1992 ab 19.30 Uhr in der Bessunger Knabenschule, Ludwigs-höhstraße, mit uns diskutieren.

**V. "Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein"**

Frau Nora Räthzel ist Mitarbeiterin im Hamburger Verein "WIR - Internationales Zentrum". Sie betrachtet das "Ausländerproblem" im wesentlichen als das Problem der Bundesbürger und hat sich entsprechend die "Arbeit mit Deutschen" zum Ziel gesetzt. Zum einen wird es in ihrem Referat um Begrifflichkeiten wie "Rassismus", "Kultur", "Überfremdung", "deutsche Identität", etc. gehen. Zum anderen wird sie die auch unter sog. "Linken" üblichen Klischees kritisch beleuchten und deren Versuch in Frage stellen, Einwanderer und Flüchtlinge zu "emanzipieren". Gelten hiesige Vorstellungen von "Befreiung" (z.B. im familiären/gesellschaftspolitischen Bereich) als Maßstab, so kommt die Aufforderung sich diesen anzupassen einer Bevormundung, ja sogar Unterdrückung gleich - auch wenn dies in noch so guter Absicht geschieht.

Veranstaltung am Mittwoch, den 20. Januar 1993 um 19.30 Uhr im Saal der Martinsgemeinde, Riegerplatz/Wenckstraße 29

**VI. "Rassismus in den Medien"**

Fr. Dr. Ute Gerhard, Soziologin, ist Mitarbeiterin in der Diskurswerkstatt Bochum und untersucht dort den schleichenden Rassismus in den bundesdeutschen Medien (nicht nur in der Springer-Presse). Sie wird Motive und Auswirkungen der Verzerrung der Flüchtlingsproblematik darstellen und mit uns die damit verbundene Normalisierung rassistischer Grundhaltungen diskutieren. Dabei geht es auch um öffentlichkeitswirksame Begriffe und Schlagsätze wie "Asylantenflut" und "Das Boot ist voll", die realitätsferne Assoziationen hervorrufen und Tatsachen gezielt verschleiern.

Veranstaltung am Mittwoch, den 10. Februar 1993 um 19.30 Uhr im Saal der Martinsgemeinde, Riegerplatz/Wenckstraße 29

AGAR - die AG Anti-Rassismus - wurde nach den Überfällen auf die Flüchtlings-Unterkunft in Hoyerswerda (Herbst 1991) ins Leben gerufen und initiierte gemeinsam mit anderen Gruppen und Initiativen in Darmstadt die Demonstration unter dem Motto "Dem Haß keine Chance" am 09. November 1992. Seither trifft sich AGAR regelmäßig montags um 20.00 Uhr im "Treffpunkt Dritte Welt", Elisabethenstraße 51, und befaßt sich kontinuierlich mit Öffentlichkeitsarbeit zum Thema "Rassismus" und "Asyl".

Spendenkonto: Sparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50, Kto. 614840, Stichwort "Dem Haß keine Chance"

Vollversammlung des "Bündnis gegen Rechtsradikalismus"  
am 27.10.1992, 20 Uhr, Südostgemeinde, Herdweg 12  
Protokoll:

Termine:

7.11.1992, vorraussichtlich 12.30 Uhr, Demonstration in  
Darmstadt gegen Rassismus und Rechtsradikalismus  
9.11.1992, 20 Uhr, nächste Vollversammlung des "Bündnis gegen  
Rechtsradikalismus", TH, Altes Hauptgebäude, Raum siehe  
Anschlagstafel am Haupteingang  
12.11.1992, 20 Uhr, 14-tägiges Treffen der Gruppe "Praktischer  
Flüchtlingsschutz", AnsprechpartnerInnen für Telefonkette,

14.11.1992 Großdemonstration gegen Antirassismus in Bonn,  
Busse oder ein Sonderzug sollen von Darmstadt aus organisiert  
werden, Karten werden eventuell auf der Demo am 7.11. verkauft  
19.11.1992, 20 Uhr, 14-tägiges Treffen der Gruppe  
"Informationsdienst Antirassismus", IDAR

Themen und mögliche weitere Aktionen:

- Gründung einer Demovorbereitungsgruppe für die Darmstädter  
Demo am 7.11., aber:
- Demo in ihrer Wichtigkeit nicht überschätzen, daher
- konkrete Flüchtlingsarbeit:
  - Sprachkurse für Flüchtlinge organisieren
  - Winterkleidung für Männer im Diakonischen Werk abgeben
  - Beratungsdienst für Flüchtlinge für allgemeine  
Lebensfragen organisieren
  - Übersetzungsdienste anbieten
- Koordination konkrete Flüchtlingsarbeit: Herr Klingler,  
  Diakonisches Werk Darmstadt
- Flüchtlinge über den Winter statt den Zelten feste  
Unterkunft organisieren
- drohende Abschiebung der Kurden in Hessen begegnen
- praktischen Flüchtlingsschutz organisieren
- eine Zeitung gegen Antirassismus und Rechtsradikalismus für  
Darmstadt herausgeben

Dies stellt einen Anfang der Arbeit gegen Rechtsradikalismus  
und Antirassismus dar. Gruppen zu den verschiedenen  
Arbeitsbereichen werden nach und nach gegründet, bestehende  
Gruppen machen ihre Arbeit transparent, die Vollversammlung  
soll dabei eine Hilfestellung und Orientierung bieten. Auch  
"Politneulinge" sind herzlich willkommen, wenn sie  
chaosresistent sind und Durchhaltevermögen mitbringen.

## **Grundrechte verteidigen - Flüchtlinge schützen - Rassismus bekämpfen!**

**Wir sind entsetzt, mit uns viele Menschen im Ausland. Kein halbes Jahrhundert nach der Befreiung vom Nationalsozialismus müssen wieder Menschen fürchten, von Deutschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Nationalität oder ihres Andersseins bedroht, verfolgt oder gar ermordet zu werden. Antisemitismus lebt wieder auf.**

Vorurteile und Unwahrheiten über Flüchtlinge und das Asylrecht haben den Boden für rassistische Gewalt bereitet. Das Versagen der Bundesregierung bei der Vereinigung Deutschlands und eine verfehlte Sozial-, Wirtschafts- und Wohnungspolitik produzieren Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit. Flüchtlinge und Ausländer sind die Sündenböcke. Immer mehr Deutsche fühlen sich berufen, den Politikerworten vom "vollen Boot" Taten folgen zu lassen. Über Bord geworfen wird dabei jede Humanität.

### **Die Rechnung der Gewalttäter darf nicht aufgehen!**

Wer das Asylrecht ändern will, stärkt den Gewalttätern den Rücken bei ihren brutalen und menschenverachtenden Übergriffen!

Nach jahrelangen Kampagnen der CDU/CSU will jetzt auch die SPD-Führung eine tiefgreifende Kursänderung durchsetzen. Mit dem Menschenrecht auf Asyl bliebe ein Kern sozialdemokratischer Identität auf der Strecke. Die Lehren, die mit dem Artikel 16 des Grundgesetzes aus der Geschichte des Dritten Reiches gezogen wurden, würden in den Wind geschlagen.

Die Grundrechtsdemontage beim Asylrecht steht nicht allein. Die Legalisierung des Lauschangriffs und die Abschaffung der Rechtsweggarantie für Asylbewerber gehören zu einer Reihe drohender Verfassungsänderungen, an deren Ende eine andere Republik steht.

So wollen Bundesregierung und SPD-Vorstand das Grundgesetz ändern, um die Beteiligung der Bundeswehr an Kampfeinsätzen in aller Welt zu ermöglichen. Deutsche Soldaten haben noch vor weniger als 50 Jahren unvorstellbares Leid verursacht. Wir wollen keine Kampfeinsätze deutscher Soldaten in Osteuropa und der sogenannten "dritten Welt".

Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen und geostrategische Kriegsführungsfähigkeit sind zwei Seiten einer Medaille. Gleichzeitig treibt die Bundesregierung die Entsolidarisierung und den Abbau von sozialen Rechten voran.

Das sind Bestandteile einer neuen Politik, die Gewaltausübung nach innen und außen in Kauf nimmt.

### **Niemand darf sich täuschen: Nach diesen Grundgesetzänderungen wird die Bundesrepublik Deutschland ein anderes Land sein!**

Die demokratische Öffentlichkeit steht vor der Entscheidung: Lassen wir einen weiteren Abbau von Friedensfähigkeit und Grundrechten und damit einen tiefgreifenden Rechtsruck der Gesellschaft zu? Ein Kurswechsel der SPD, ihr freiwilliger Verzicht auf Opposition in substantiellen Fragen, würde den zivilisatorischen Prozeß umkehren, der nach 1968 mit dem Anspruch "mehr Demokratie wagen" begann.

**Wir sagen NEIN! Gewalt darf nicht als Mittel der Konfliktbewältigung akzeptiert werden. Wir wollen endlich volle BürgerInnenrechte für alle hier lebenden Menschen durchsetzen. Wir rufen auf:**

**Verteidigt Artikel 16 des Grundgesetzes!**

### **Für eine humane, demokratische Gesellschaft!**

Gemeinsam mit allen demokratisch gesinnten BürgerInnen, GewerkschafterInnen, engagierten Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen, AusländerInnen, Friedensinitiativen, AntifaschistInnen, Flüchtlingsräten, Bürgerrechtsorganisationen, Eine-Welt-Gruppen und allen, die eine offene, freie Gesellschaft und keinen autoritären Staat wollen - Wir bekennen Farbe!

**Kommt zur Großdemonstration nach Bonn!**

**Samstag, den 14. November 1992 um 12.00 Uhr**

**Trägerkreis 14.11., c/o Büro Friedenskooperative, Römerstr.88, 5300 Bonn 1, T: 0228/692904, Fx: 692906**

*Unterschriften unter diesen Aufruf (bitte mind. DM 25,- Kostenbeteiligung), Anmeldung von Bussen etc. an diese Adresse.*

**Spendenkonto:** Förderverein Frieden, Kto. 33 0 35 bei Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00)

oder Kto-Nr. 457876-500 beim Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50), Stichwort: Demo 14.11.

V.i.S.d.P.: Mani Stenner, c/o Trägerkreis 14.11.

**Buskarten in Darmstadt über SJD - Die Falken, Tel. 06257/83454  
oder Di und Do im KSH (verlängerter Haardring)**